

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XI
A. Warum Gebührenmanagement?	1
I. Gebührenmanagement ist mehr als Gebührenrechtsanwendung	1
II. Historischer Rückblick	3
III. Bedeutung der staatlichen Gebührenordnung	5
IV. Reform des Jahres 1994	11
V. Bedeutung des Gebührenmanagements	12
B. Gestaltung im Rahmen der gesetzlichen Gebühren	16
I. Wann gilt die BRAGO nicht?	16
II. Steuerberatende Tätigkeit	16
III. Ausfüllen des Gebührenrahmens	17
1. Die Mittelgebühr darf nicht zur Regelgebühr werden	18
2. Ausnahme: Gleichgelagerte typische Alltagsfälle	21
3. Die praktische Anwendung des § 12	22
IV. Hilfen bei der Festsetzung des Gegenstandswertes	25
1. Gestaltung des Anwaltauftrages als Grundlage für die Bemessung des Gegenstandswertes	27
2. Der Einfluß von prozeßtaktischen Maßnahmen auf den Gegenstandswert	30
a) Teilklagen	30
b) Aufrechnung und Widerklage	31
V. Eine oder mehrere Angelegenheiten	33
VI. Welche Gebührentatbestände entstehen?	35
1. Erste Beratung	36

Inhaltsverzeichnis

2. Übergang von der ersten Beratung zur weiteren Beratung und Vertretung	36
3. Wann entsteht die Besprechungsgebühr?	38
4. Vergleich	39
5. Gebührenschädlicher Klageauftrag	41
6. Ausgewählte Gebührenfragen im gerichtlichen Verfahren	42
a) Erörterungsgebühr	42
b) Beweisgebühr	44
c) Gerichtlicher Vergleich	47
d) Gebühren in der Rechtsmittelinstanz	49
e) Gebühren im Vollstreckungsverfahren	50
7. Bußgeldverfahren	51
C. Das Gebührengespräch	53
I. Die Notwendigkeit des Gebührengespräches	53
1. Anwaltsvertrag und vorvertragliche Vertragsverhandlungen	53
2. Anwaltliche Beratung außerhalb der Kanzlei	55
3. Die Verpflichtung zum Gebührengespräch	56
a) Bei Nachfrage des Mandanten	56
b) Kostenberatung ohne Nachfrage des Mandanten	58
c) Empfehlung zur Gebührenberatung	60
d) Abstimmung bei kostenauslösenden Maßnahmen	61
II. Der richtige Zeitpunkt für Gebührenvereinbarungen	62
D. Gebührenvereinbarungen	66
I. Rechtliche Grenzen einer Gebührenvereinbarung	66
1. Grenzen einer Gebührenvereinbarung nach oben	66
a) Unangemessen hohe Vergütung, § 3 Abs. 3	66
b) Sittenwidrige Vereinbarung, § 138 BGB	68
2. Grenzen einer Honorarvereinbarung nach unten	70
a) Gerichtliche und außergerichtliche Angelegenheiten	70
b) Untergrenze nach § 3 Abs. 5 Satz 4	71

aa) Angemessenes Verhältnis zu Leistung, Verantwortung und Haftungsrisiko	71
bb) Fälle der Unzulässigkeit	73
c) Verbot des Erfolgshonorars und der quota litis	74
aa) Abrechnung nur beim unterlegenen Gegner	74
bb) Kostenerstattung bei untergesetzlichen Gebühren	75
3. Gesetzliche Form der Vereinbarung	77
a) Form für unterschreitende Vereinbarung	77
b) Form für überschreitende Vereinbarung	77
 II. Gestaltungsmöglichkeiten für Gebührenvereinbarungen	 80
1. Gesetzliche Regelung als Maßstab	80
2. Pauschalvergütungen	81
3. Zeitgebühren	83
a) Charakter der Zeitgebühr	83
b) Kalkulation der Höhe der Zeitgebühr	85
c) Berechnungsmodalitäten für Zeitgebühren	87
d) Zeitnachweis	90
e) Kündigung	93
4. Kombination von Pauschal- und Zeitgebühren	94
5. Sonstige Gegenleistungen	95
 III. Die Gebührenpolitik in der Anwaltskanzlei	 96
1. Inhalte der Gebührenpolitik	96
2. Gebührenmanagement hat Kontinuität	98
a) Der Anwalt in der Aufbauphase	98
b) Der etablierte Anwalt	98
c) Regeln für den Normalanwalt	99
3. Typisierung der Mandantenstruktur	100
a) Bereits bestehende dauerhafte Mandantenverhältnisse	100
b) Erstkontakt zu Großmandanten	102
c) »Normalmandanten«	103
d) Sozial schwache Mandanten	103
e) »Querulant«	104

Inhaltsverzeichnis

4. Inhalt des Mandates als Maßstab für die Gebührenpolitik	104
a) Gerichtliche/außergerichtliche Tätigkeit	104
b) Außergerichtliche streitverhütende oder streitige Angelegenheiten	107
c) Überschaubare oder nicht überschaubare Angelegenheiten	109
d) Dauerbetreuung oder Einzelmandat	111
e) Mandate mit außergewöhnlich hohen Gegenstandswerten	112
5. Abändernde Vereinbarungen	115
E. Gebührenvereinbarungen mit Dritten	117
I. Außergerichtliche Regulierung von Kfz-Haftpflichtschäden	117
II. Rahmenvereinbarungen mit Rechtsschutzversicherungen	119
III. Gebührenteilungsvereinbarungen	121
1. Hausanwalt und Prozeßanwalt	121
2. Die klassische und die abweichende Gebührenteilungsabrede	122
3. Die Regelung von Gebührenausfällen	124
F. Sicherung und Durchsetzung der Gebühren	126
I. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit der Gebühren	126
1. Fälligkeit	126
2. Anforderungen an die Rechnung	128
3. Der Gebührenvorschuß	130
a) Tätigkeit des Anwaltes ohne Vorschuß	130
b) Kriterien für das Verlangen eines Vorschusses	132
c) Vorschuß für vereinbarte Honorare	137
II. Absicherung des Anspruches durch Dritte	139
1. Rechtsschutzversicherung	139
a) Einholen der Deckungszusage	140
b) Sicherungsmöglichkeit des Gebührenanspruches	141
c) Störung im Versicherungsverhältnis	142

2. Haftpflichtversicherung	144
3. Prozeßkostenhilfe und Beratungshilfe	146
a) Ansprüche gegen den Mandanten	147
b) Prozeßkostenhilfe für das Prozeßkostenhilfeverfahren?	148
c) Was ist durch die Prozeßkostenhilfe gedeckt?	148
d) Vorschuß	149
e) Einziehung von Raten durch die Landeskasse	150
f) Erstattungsanspruch gegen den Gegner	150
g) Beratungshilfe	151
III. Sicherung der Gebührenforderung auf andere Weise	152
1. Kreditkarten oder Abbuchungsermächtigung	152
2. Bürgschaften und Abtretung	153
3. Einziehung der Mandantenforderungen	156
4. Zurückbehaltung von Unterlagen	158
IV. Durchsetzung der Gebührenforderung	159
1. Außergerichtliche Strategien	159
2. Festsetzung der Gebühren	160
3. Klageweise Durchsetzung	160
G. Büromäßige Handhabung	163
I. Aufgabenverteilung zwischen Anwalt und Fachangestellten	163
II. Anwaltsaufgaben	164
III. Mitarbeiteraufgaben	169
IV. Abstimmung zwischen Mitarbeiter und Anwalt	172
V. Mahnwesen und Überwachung des Zahlungseinganges	173
VI. Sozietausaufgaben	174
H. Ablaufschema	176
I. Mandatsübernahme	176
II. Ausführung des Mandates	177
III. Beendigung des Mandates	179

Inhaltsverzeichnis

I. Muster für Gebührenvereinbarungen	181
I. Pauschvereinbarung in Strafsache	181
II. Pauschvereinbarung in Zivilsache	182
III. Zeitgebührenvereinbarung	183
IV. Kombinationsvereinbarung	184
Stichwortverzeichnis	185